



Der Bevollmächtigte der Bundesregierung
für Pflege

Andreas Westerfellhaus
Staatssekretär
Friedrichstraße 108
10117 Berlin
Postanschrift:
11055 Berlin
Tel +49 (0)30 18 441-3420
Fax +49 (0)30 18 441-3422
andreas.westerfellhaus@bmg.bund.de
www.pflegebevollmaechtigter.de

Berlin im Januar 2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir alle kennen die Zahlen, der Fachkräftemangel in der Pflege stellt ein gravierendes Problem dar. Im Dezember 2018 waren knapp 40.000 Stellen in der Pflege unbesetzt. Auf 100 offene Stellen kamen nur 25 Arbeitsuchende. Und obwohl wir immer mehr Auszubildende in der Pflege haben, reichen sie nicht mehr, um den ständig steigenden Bedarf zu decken.

Es ist also unbestritten, dass wir alle an einem Strang ziehen müssen, um die Pflege auch in Zukunft sowohl in Krankenhäusern als auch in stationären Pflegeeinrichtungen und in der ambulanten Pflege sicherstellen zu können. Es ist daher ermutigend zu wissen, dass die Bereitschaft innerhalb der Gesellschaft noch nie so hoch war wie derzeit, die Situation der Pflege zu verbessern.

Ein wenig verwundert bin ich daher über die Ergebnisse des diesjährigen Care Klima Index zum gesellschaftlichen Stellenwert der Pflege, wonach der Pflegeberuf 2018 im Vergleich zu anderen Berufsgruppen noch geringwertiger eingestuft wurde als im vergangenen Jahr. Auch dass der Stellenwert der Pflege in der Politik in diesem Jahr niedriger wahrgenommen wird als 2017 wirft Fragen auf, steht doch die Pflege ganz oben auf der politischen Agenda – die bereits verabschiedeten Gesetze belegen dies.

So ist die Fachkräftegewinnung und langfristige Berufsbindung ein zentrales Thema der Gesundheitspolitik, um die Versorgung der Patienten und Pflegebedürftigen auch zukünftig zu sichern.

Sehr schnell wurden hier einige wichtige Maßnahmen für die Pflege durch die Bundesregierung auf den Weg gebracht wie etwa die „Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für die Pflegeberufe“ oder das „Sofortprogramm Pflege“. Mit dem zum 1. Januar 2019 in Kraft getretenen Pflegepersonalstärkungsgesetz (PpSG) sollen spürbare Verbesserungen im Alltag der Pflegekräfte durch eine bessere Personalausstattung und bessere Arbeitsbedingungen in der Kranken- und Altenpflege erreicht werden.

Kernpunkte sind 13.000 zusätzliche Stellen in der Altenpflege und zahlenmäßig unbegrenzte zusätzliche Stellen für die Pflege am Bett im Krankenhaus. Krankenhäuser erhalten zudem mehr Anreize, Pflegekräfte einzustellen, indem die Pflegekosten aus dem Vergütungssystem DRG herausgerechnet werden. Tariflohnsteigerungen für Pflegekräfte im Krankenhaus werden künftig vollständig refinanziert.

Zur Entlastung der Pflegekräfte werden die Digitalisierung mit bis zu 12.000 Euro je Pflegeeinrichtung gefördert und Angebote für eine bessere Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Beruf unterstützt. Parallel zum PpSG wurde die Konzertierte Aktion Pflege (KAP) ins Leben gerufen, an der 3 Ministerien beteiligt sind (Bundesministerium für Gesundheit; Bundesministerium für Arbeit und Soziales; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) und in der bis zum Sommer 2019 konkrete Maßnahmen vereinbart werden, die den Pflegeberuf attraktiver machen und die Ausbildungsreform unterstützen sollen. Attraktive Arbeitsbedingungen sind wesentlich für den erfolgreichen Berufseinstieg, die Arbeitszufriedenheit und den Verbleib im Beruf.

Ich habe deshalb gerade den Zuschlag für ein Projekt erteilt, das zum Ziel hat, einen Instrumentenkoffer zu entwickeln, der Arbeitgebern konkrete Unterstützung bei der Veränderung von Arbeitsbedingungen geben soll.

Außerdem hatte ich bereits im Mai 2018 mit einem 5-Punkte-Plan für „Mehr PflegeKraft“ Vorschläge gemacht, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Hierzu gehören:

- Prämien für Berufsrückkehrer und Teilzeitaufstocker
- Veränderte Arbeitszeitmodelle, z. B. 80 % Arbeitszeit bei vollem Lohn
- Zuschläge außerhalb der Pflegevergütung für Arbeitgeber, zur Einführung innovativer Konzepte zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen
- Übertragung heilkundlicher Aufgaben an Pflegefachkräfte
- Entwicklung von Einsatz- und Ausbildungskonzepten „von der Assistenz bis zum Master“

Die Bundeskanzlerin hat in ihrer ersten Regierungserklärung dieser Wahlperiode gesagt: „Pflegearbeit braucht Anerkennung.“ Das finde ich richtig und wichtig. Mehr Anerkennung verlangt aber nicht nur angemessene Löhne, sondern auch angemessene Aufgaben.

Eines meiner großen Ziele ist es deshalb, die Aufgaben zwischen den Gesundheitsberufen neu zu verteilen. Die Gesundheitsversorgung der Zukunft werden nicht spezialisierte Einzelkämpfer bewältigen können, sondern interprofessionelle Teams, die es verstehen, über Versorgungs- und Professionsgrenzen hinweg zu arbeiten.

Nur so werden wir erreichen, dass die Pflege in Zukunft in der Gesellschaft als das wahrgenommen wird, was sie ist – ein verantwortungsvoller und hochprofessioneller

Beruf auf Augenhöhe mit den anderen Gesundheitsberufen. Und dann wird dieser bedeutsame Beruf auch von Schulabgängern bei ihrer Berufswahl stärker berücksichtigt und kann im Wettbewerb mit anderen – vermeintlich attraktiveren – Berufen bestehen.